

Kölner Häfen

Deutz soll Industriehafen bleiben

Von Peter Berger, 03.09.09, 18:38h

Die Bezirksregierung Köln fordert die Stadt auf, die Pläne für eine Wohnbebauung von Teilen des Deutzer Hafens aufzugeben. Mit Hinsicht auf den wachsenden Verkehr und die ansteigenden Umschläge könne der Hafen nicht in einen zweiten Rheinauhafen umfunktioniert werden.



Deutz soll Industriehafen bleiben, verlangt Regierungspräsident Hans-Peter Lindlar von der Stadt Köln. (Bild: Aerophoto)

Innenstadt Nach dem Baustopp für den Godorfer Hafen, den das Verwaltungsgericht am Mittwoch angeordnet hatte, hat sich Regierungspräsident Hans-Peter Lindlar in die Diskussion um die Kölner Häfen eingeschaltet. Die Bezirksregierung spricht sich gegen eine Umnutzung von Teilen des Deutzer Hafens für Wohnen und Büronutzung aus, wie das im städtebaulichen Masterplan des Frankfurter Stadtplaners Albert Speer vorgeschlagen und derzeit von der Politik diskutiert wird.

Laut Bundesverkehrswegeplan werde sich der Containerumschlag auf den Binnenwasserstraßen bis zum Jahr 2025 verdreifachen. Auch beim Umschlag von Massen- und Stückgütern sei eine leicht steigende Tendenz zu erwarten. „Ohne den Deutzer Hafen wird es nicht möglich sein, die erforderlichen Umschlagkapazitäten für die in Köln ansässige Industrie zu schaffen“, so Lindlar. Köln brauche bis 2025 Hafensflächen von 1,1 Millionen Quadratmetern. Die Erweiterung von Godorf eingerechnet, fehlten dann immer noch 170 000 Quadratmeter. „Weil es in Köln keine Möglichkeiten gibt, neue Hafensflächen zu entwickeln, muss der Bestand optimiert werden.“ Niehl müsse als Containerumschlagplatz ausgebaut werden, Deutz mehr Massengüter aus Niehl übernehmen.

Der Deutzer Hafen könne auch aus Gründen des Hochwasserschutzes nicht zu einem zweiten Rheinauhafen entwickelt werden. „Der Bereich sei im Regionalplan Köln als Überschwemmungsgebiet festgesetzt.“ Köln erwarte schließlich auch von den Städten und Gemeinden, die stromaufwärts liegen, dass sie Überschwemmungsflächen freihalten, um die Hochwassergefahr für Köln zu mindern.

Der Regierungspräsident fordert die Stadt auf, ein „abgestimmtes Nutzungskonzept“ für alle Hafentflächen vorzulegen. Vorab sei jedoch eine schnelle Grundsatzentscheidung für den Deutzer Hafen nötig, um neue Investitionen zu ermöglichen. Die Debatte um die Zukunft des Hafens verunsichere die dort ansässigen Betriebe.

Deutliche Kritik der IHK

Die Industrie- und Handelskammer zu Köln hat sich enttäuscht über den Baustopp für Godorf geäußert. „Damit wird die Verkehrs- und Hafenpolitik der Stadt zurückgeworfen“, sagte IHK-Hauptgeschäftsführer Herbert Ferger. Die Begründung des Verwaltungsgerichts sei rein formaljuristisch, „die wirtschaftliche Notwendigkeit des Ausbaus wird nicht in Frage gestellt“. Die Begründung des Gerichts, dass für den Hafenausbau ein konzentriertes Planfeststellungsverfahren nicht genüge, könne weitere Vorhaben in der Logistik-Wirtschaft erschweren. Getrennte Einzelverfahren bedeuteten für potenzielle Investoren mehr Aufwand und zeitliche Verzögerungen: „Das kann sich für den Logistikstandort Köln nachteilig auswirken.“

Die Kölner Grünen werden das Thema Ausbau des Godorfer Hafens bei den Koalitionsgesprächen mit der SPD keinesfalls ausklammern. „Wir haben unmissverständlich deutlich gemacht, dass der endgültige Verzicht auf den Hafenausbau und die Erstellung eines zukunftsfähigen regionalen Hafenlogistik-Konzepts für die Region Bonn, Köln, Düsseldorf / Neuss eine sehr hohe Priorität für eine erfolgreiche rot-grüne Kooperation im Stadtrat hat“, so der grüne Fraktionsgeschäftsführer Jörg Frank.

<http://www.ksta.de/jks/artikel.jsp?id=1246883852194>

Copyright 2009 Kölner Stadt-Anzeiger. Alle Rechte vorbehalten.